

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 30

Charlottenburg, Freitag, den 23. Juli 1915

Jahrg. 42

## Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 5. bis 10. Juli haben Berichte eingelangt:

Freiberg, Germersheim, Geschwenda, Gold-  
mutter, Hüttengrund, Langenau, Limbach,  
Leustadt i. S., Schmiedefeld, Sondershausen.  
Das Verbandsbüro.

## Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftstongreß konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden, deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugsweiser Bericht sowie eine Uebersicht über die Kassenführung soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Dienstzeit für Unterstüßungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Kriegsdienst noch nicht unterstüßungsberechtigt waren, die Ueberschreibung von Unterstüßungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterstüßungsarten auf die Arbeitsunterstüßung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände zeigt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, zu der bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar stark hervor, doch war man sich der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde.“ — Er verschob die Beschlussfassung über positive Einheitsgrundsätze auf die nächste Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind, während dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 14 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Verfügungen zählen. Der überwiegende Teil hat die früheren Verfügungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Verfügungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organi-

isation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieben. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verhütet werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohndrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verbandsarrangierten Lichtbildervorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend zugänglich ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.“

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in diesen Bestimmungen getroffen wird, daß

1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Aenderung oder Außerkraftsetzung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.“

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht versäumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. R. Freund, Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnach-

weise, propagierten System von Auskunftscentralen, denn dieser „Sozialpolitiker“ versuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er maße sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preussischen Runderlaß vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten wird. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Grüppchen, diesen Parteistreit auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteeinheit zu sprengen und die Einheit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechtlich: Parteirettung oder Parteizerstörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, das wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.“

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Correspondenzblattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Verurteilungen der gemeinschädlichen Treibereien der Mißvergnügten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.“

Nur eine einigte und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiaussschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündeleien in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

Damit ist die Stellung der staatslosen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen in diesem Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnützung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Grundsätzlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die

Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wonach die Krankentassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von den Gewerkschaften gewährte Krankengeldunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Aenderung der Rechtslage im Reichstage oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Aenderung der Gewerkschaftsleistungen vorbereitet werden.

Am Schlusse wurde über den am jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken“. Der Antrag fand eine allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Zeitlin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, die Ansprüche zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verstreuten Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit“, von einer anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Ein Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zu Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

## Die Unbeholfenheit der Frauen.

### Ihre Ursachen und Folgen.

In den letzten Jahren ist viel über Kindererziehung geschrieben worden. Man hat erkannt, daß die früher übliche Methode, den Kindern gegenüber in erster Linie Strenge walten zu lassen, nicht geeignet war, Geist, Charaktereigenschaften und Talente der Kinder sich richtig entfalten zu lassen. Vor allen Dingen hielt die Erziehungsmethode, die für Mädchen üblich war, den Kritikern und Verfechtern der Kindesrechte gegenüber nicht stand. Es war auch höchste Zeit, daß besonders die Erziehung und Behandlung der Mädchen unter die Lupe genommen und ihre Resultate mit den Anforderungen verglichen wurden, die an das heranwachsende weibliche Geschlecht einmal gestellt werden. Es zeigte sich, daß die übliche Erziehung für eine Zeit wohl einigermaßen gepaßt hatte, die Haustöchter stets den Schutz des Hauses genießen konnten und für Familien, die den Töchtern und Frauen diesen Schutz angebeihen lassen konnten, nicht aber für Zeiten und Fälle geeignet ist, wo das Mädchen oder die Frau einmal auf eigenen Füßen stehen muß.

Diese Einsicht führte zunächst in bürgerlichen Kreisen dem Kampf um andere Erziehung und Ausbildung der Mädchen besserer Stände. Diese Bemühungen haben die bürgerliche Frauenbewegung groß und einflußreich gemacht. Daß gerade die Erziehungsfrage diese Rolle gespielt hat, ist daran, weil besonders in bürgerlichen Kreisen der Fehler die Unterlassungssünden in der Mädchenerziehung besonders fühlbar waren.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mehrten sich auch in diesen Kreisen die Fälle, wo die erwachsenen Töchter sich auf eigene Füße stellen oder zur Erhöhung des Familieneinkommens durch Erwerbsarbeit beitragen müssen. Die früheren Erwerbsgelegenheiten, die für solche Fälle als standesgemäß galten, als Erzieherinnen, Künstlerinnen, Schriftstellerinnen waren stark überlaufen und außerdem nicht für alle zu nützen, weil vielfach größere Mittel zur Ausbildung und

allen Dingen Talent dazu gehörte, im Berufe wirklich etwas leisten und ein Auskommen finden zu können. Für andere Berufe war die bisherige Ausbildung und Erziehung nicht ausreichend. Deshalb ging die bürgerliche Frauenbewegung in erster Linie daran, eine Reform der höheren Mädchenschulbildung zu fordern. Ihre Erfolge auf diesem Gebiete sind unbestritten und müssen auch von denen anerkannt werden, die der bürgerlichen Frauenbewegung fernstehen.

In der Arbeiterschaft hat das bittere Muß sehr oft den Lehrmeister spielen müssen. Und da man hier Standesrücksichten nicht in dem Maße kennt, wie in anderen Kreisen, so hat die mangelhafte Mädchenschulbildung und sehr oft falsche Erziehung nicht in gleicher Weise hier die Möglichkeit des Fortkommens durch Erwerbsarbeit, und zwar in außerhäuslichen Berufen erschwert, wie dies in bürgerlichen Kreisen der Fall war. Der Arbeiterschaft kamen außerdem starke Kräfte zu Hilfe, nämlich die Maschine und die mechanischen Triebkräfte, die es gestatteten, daß die Arbeitskräfte zu ihrer Bedienung ebenfalls eine mehr mechanische Tätigkeit ausüben können. Dennoch machen sich auch in der Arbeiterschaft die Folgen der auf Ueberlieferung und Gewohnheit beruhenden Mädchenbildung bemerkbar, die gerade in der Kriegszeit so deutlich zum Ausdruck gekommen sind.

Bei der Erziehung durch Schule und Haus wird zu wenig Wert darauf gelegt, die Mädchen zu selbständigen Menschen zu machen, die auch einmal selbst Entscheidung treffen müssen in schwerwiegenden Dingen. Dem Jungen wird mehr Bewegungsfreiheit gestattet, schon im Spiel. Er darf auch, sobald er einigermaßen erwachsen ist, ohne Aufsicht mit Freunden Spaziergänge und weitere Ausflüge unternehmen, während den Mädchen dies meist nicht erlaubt ist. Sie bleiben mehr der elterlichen Aufsicht unterstellt. In der Regel solange, bis sie die Bekanntschaft mit jungen Männern machen und sich nun wieder unter eine gewisse, wenn auch freiwillig gewählte Aufsicht begeben, was ihnen freilich nicht zum Bewußtsein kommt. Wir wissen, daß aus diesen Gründen die Mädchen sich nicht daran gewöhnen, allein zu handeln und selbständig etwas zu unternehmen, was größere Bedeutung hat. Wir wissen auch, daß darunter der Versammlungsbesuch durch Arbeiterinnen und damit die Werbetätigkeit zur Gewinnung der Arbeiterinnen zur Organisation schwer leidet. Die Mädchen sind es in der Regel von Hause aus gewöhnt, daß alle Dinge, die für die Familie von Bedeutung sind, von den männlichen Familienmitgliedern erledigt werden, vom Briefschreiben bis zum Verkehr mit dem Hauswirt und den Behörden. Zum Teil ist dies ja bedingt durch die rechtliche Stellung, die die Frau noch immer in der Gesellschaft einnimmt, die ihr nicht die gleichen Rechte gibt, die der Mann besitzt. Vielsach aber ist es Gewohnheit, und man nimmt die Dinge eben hin, ohne weiter darüber nachzudenken.

Die meisten Frauen sind deshalb unerfahren und unbeholfen, sobald sie selbständig schriftliche Arbeiten erledigen und in Verkehr mit amtlichen Organen, Krankenkassen usw. treten müssen. Das zeigte sich allerdings stets, wenn in der Familie etwas passierte, vielleicht der Mann starb oder schwer erkrankte. Da solche Einzelfälle aber niemals weiteren Kreisen zur Kenntnis kommen, so erfahren diese auch nichts von den Schwierigkeiten, die dann häufig den Frauen entstehen.

Als der Krieg ausbrach, waren nun mit einem Schläge Hunderttausende von Frauen vor die Notwendigkeit gestellt, selbständig in schwerwiegenden Situationen Entscheidung treffen und sich in den Verordnungen und Vorschriften der Militär- und Zivilbehörden zurechtfinden zu müssen. Jetzt zeigte sich für weite Kreise, wie unklug diejenigen handeln, die in der Frau oder dem Mädchen ganz allgemein das unmündige Kind sehen, das von ernstlichen Dingen nichts versteht und mit dem deshalb außergewöhnliches nicht besprochen werden kann. Jetzt mußten die Frauen alle diese Dinge ohne männliche Hilfe erledigen. Die Unerfahrenheit hat sicher dazu geführt, daß manches versäumt und nicht richtig gemacht worden ist, z. B. in Mietsfragen, der Aufrechnung der Invalidenquittungstaxen des eingezogenen Mannes bis zur Adressierung der Feldpostsendungen. In voriger Woche brachten Zeitungen die Mitteilung, daß täglich 35 000 Feldpostsendungen wegen unrichtiger Adressierung als unbestellbar zurückgehen müssen.

Die Unbeholfenheit der Frauen hat den Kriegshilfskommissionen viel Arbeit gemacht. Und man kann den Frauen nicht einmal Schuld geben. Schuld sind die Methoden der Mädchenerziehung zuhause und in der Schule und die rechtliche Stellung der Frauen in der Gesellschaft, die

ihnen immer wieder zeigt, daß sie eigentlich als mündige Wesen gar nicht in Frage kommen.

Ueber diese Dinge wird nach dem Kriege noch manch ernstes Wort geredet werden müssen. Wenn auch Situationen, wie sie der Krieg geschaffen hat, voraussichtlich sich nicht so bald und hoffentlich überhaupt nicht mehr wiederholen werden, so ist es doch in Rücksicht auf die Stellung, die die Frau heute im Wirtschaftsleben einnimmt, an der Zeit, durch geeignete Erziehungsmethoden sie darauf vorzubereiten und sie zu befähigen, ihren Platz dort ausfüllen zu können. Dazu ist nicht nur nötig, daß die Schule sich in Form und Stoff des Unterrichts mehr dem praktischen Leben anpaßt, auch das Haus muß dazu beitragen und dafür sorgen, daß die Mädchen mehr als bisher sich zu Menschen entwickeln, die gewohnt und imstande sind, selbständig zu denken und zu handeln.

Die Erfahrungen der Kriegszeit werden für diese Reform der Mädchenerziehung wertvolles Material liefern.

## Verbands-Angelegenheiten

Quittung über eingesandte Gelder vom 1. April bis einschl. 30. Juni 1915.

Ahlen 150,74. Althaldensleben 300,—. Altwasser 600,—. Annaburg 100,—. Auma 150,—. Bayreuth 100,—. Bonn 200,—. Breslau 50,—. Buzlau 120,—. Cassel 60,—. Charlottenburg 300,—. Coburg 70,—. Colditz 200,—. Köln a. Rh. 100,—. Dresden 500,—. Düsseldorf 25,—. Eisenach 50,—. Eisenberg 350,—. Elmshorn 330,—. Elsterwerda 100,—. Farge 100,—. Flörsheim 110,—. Frankfurt a. M. 80,—. Frankfurt a. O. 50,—. Fraureuth 400,—. Freiberg i. S. 50,—. Gehren 14,92. Geithain 40,—. Gera-E. 50,—. Gotha 450,—. Gräfinau 36,91. Grünhain 60,—. Hamburg 25,—. Hannover 8,20. Hermsdorf 230,—. Hirschau 42,09. Höhr 40,—. Hornberg 52,62. Hüttengrund 50,—. Hüttensteinach 150,—. Ilmenau 150,—. Judenbach 100,—. Kahla 350,—. Karlsruhe 64,74. Kleindembach 50,—. Kloster-Wehra 24,22. Kolmar 80,—. Köppelsdorf 450,—. Kronach 200,—. Kups 33,99. Langenau 100,—. Langewiesen 50,—. Lettin 50,—. Ludwigstadt 9,19. Magdeburg 400,—. Margarethenhütte 50,—. Markt-Leuthen 100,—. Meißen 130,—. Mengersgereuth 27,26. Meuselbach 25,—. Meuselwitz 50,—. Mitterteich 195,—. Roschendorf 130,—. München 400,—. M.-Gladbach 86,41. Neuhaldensleben 180,—. Neuhaus b. S. 900,—. Neustadt b. C. 94,41. Nossen 43,46. Nürnberg 100,—. Oberhausen 25,10. Ohrdruf 200,—. Oschatz 36,92. Passau 23,56. Piesau 4,69. Plankhammer 0,17. Plaue 80,—. Pötschappel 500,—. Probstzella 140,—. Regensburg 21,—. Rehau 60,—. Reichenbach 35,—. Rheinsberg 50,—. Rosslau 90,—. Schauberg 100,—. Schirnding 50,—. Schleusingen 20,—. Schmiedefeld 170,—. Schönwald 300,—. Schwarzja 40,—. Schwarzenbach 100,—. Schwarzenberg 43,76. Sighndorf 29,53. Spandau 150,—. Stadtlengsfeld 200,—. Suhl 100,—. Teltow 500,—. Tiefenfurt 150,—. Uhlstädt 21,64. Unterpörlitz 40,—. Wegesack 60,—. Wohenstrauß 80,—. Wolfstedt 20,—. Weiden 93,24. Wittenberg 200,—. Zell 150,—. Zwickau 165,93. Böhme-Eisenberg 12,60. Girkhardt-Ilmenau 9,—. Max Haupt, Dresden 26,—. Hecht-Berlin 5,—. Hoffmann-Ilmenau 5,20. M. Köhler, Dresden 21,60. Langhammer-Wiltau 4,50. Postabonnenten 186,44. Seifert-Zwickau 60,—. Summa 15 040,04 M.

Wilhelm Herden.

## Aus unserem Berufe

**Annaburg.** Nach dem die Vertreter der hier zuständigen Organisationen sowie die Brennhausarbeiterinnen wegen einer Lohnzulage vorstellig geworden waren, gab die Direktion der hiesigen Steingutfabrik bekannt, daß vom 28. Juni an eine allgemeine Kriegsteuerzulage von 5 Proz. gezahlt würde. Außerdem erhalten die Brennhausarbeiterinnen pro Tag 10 Pfennig Zulage. Verschiedene ältere Drehereiarbeiter hatten schon früher eine Erhöhung der Preise um 10 Prozent beantragt und bekommen.

Sind diese Zugeständnisse auch gering, so sind sie in Anbetracht der Verhältnisse immerhin anerkennenswert. Nur in der Abteilung für Unterglasur-Blumenmalerei wäre etwas mehr Entgegenkommen erwünscht. Die Verhältnisse sind dort einfach unhaltbar.

## Vermischtes

**Zur Verständigung unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen.** In dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1914 des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau seien „die zwei besonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände“ wieder zusammengebracht

worden; ferner seien gemeinsame Eingaben zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises erfolgt. Dann heißt es:

„Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben dürften in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebig sein. Die unbedingte und unverlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich-sachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine andersartigen Fragen im Hintergrunde lauern dürfen.“

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es:

„Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“

## Versammlungs-Berichte etc.

### Zulohrkasse deutscher Porzellanmaler.

Rassenbericht pro 1. und 2. Quartal 1914/15.

Einnahme.	
Rassenbestand vom 4. Quartal 1913/14	23 419,17 Mt.
Zinsen	877,78 "
Beiträge	279,80 "
Kapitalverkehr	1 814,45 "
<b>Summa</b>	<b>26 390,70 Mt.</b>
Ausgabe.	
Krankengeld	1 023,98 Mt.
Sterbegeld	472,50 "
Kapitalverkehr	1 583,78 "
Verwaltung der Zahlstellen	28,25 "
Verwaltung der Hauptkasse	233,37 "
Außerordentliche Ausgabe	19,50 "
Rassenbestand	23 029,37 "
<b>Summa</b>	<b>26 390,70 Mt.</b>
Vermögensnachweis.	
Sparfassenbuch Nr. B. 101	21 588,40 Mt.
Sparfassenbuch Nr. 832	1 055,91 "
Mithilfe an die Zahlstellen	280,50 "
Barbestand	154,56 "
<b>Summa</b>	<b>23 029,37 Mt.</b>

Mitglieder 413, davon 131 im Felde.

Die Beiträge sind bis Ende September erlassen worden, bei weiter der Hälfte der Unterstützungen.

Herm. Schubert, Kassierer.

### Totenliste unserer im Felde lebenden Kollegen.

**Gustav Kohlwege**, Schildermaler, geboren 15. April 1889 zu Magdeburg, gefallen in Rußland am 14. Juni (Kopfschuß).

**Anton Walzack**, Dreher, geboren am 8. Januar 1892 in Magdeburg, gefallen am 16. Juni in den Kämpfen auf der Lorettöhöhe.

Beide Mitglieder der Zahlstelle Magdeburg-N.

**Otto Baumann**, Dreher, geboren am 8. August 1864 in Oberhönsdorf, gefallen am 2. Juli an der Lorettöhöhe in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Kahla.

**Karl Mörbach**, Dreher, geboren am 17. April 1888 in Blankenhain, gefallen bei seiner Feuertaufe am 13. Juni auf der Lorettöhöhe in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Teltow.

**Paul Cöppner**, Dreher, geboren am 15. Mai 1884 in Conradsdorf, gefallen am 25. Januar in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Freiberg.

**Paul Kahner**, Fondsprüfer, geboren am 8. Juli 1885 in Kahl, gefallen in Galizien. Mitglied der Zahlstelle Klein-demba.

Eure ihrem Ansehen!

### 3te Beleg.

**Radolfstadt**, **Ernst Strobil**, Porzellanmaler, geboren am 3. Juli 1853 in Selb, gestorben am 3. Juli an Lungenerkrankung. Seine Krankheitsdauer 56 Wochen.

Ehre seinem Andenken!

## Adressen-Henderungen

**Geithain** (Sachsen). Rff. Em. Mazzoldi, Eisenbahnstr. 19  
**Nollen**. Wf. und Rff. Elias Göhring, Markt 18

## Versammlungs-Anzeigen

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**

**Altwasser.** Sonnabend, 31. Juli, 6 Uhr, im Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“, in Altwasser.

**Düsseldorf.** Sonnabend, 31. Juli, im Volkshaus, Zimmer 4.

**Frankfurt a. M.** Sonnabend, 31. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Kemm, Sachsenhausen, Große Rittergasse 56.

**Magdeburg-N.** Sonnabend, 7. August, 8 1/2 Uhr, bei Harnad, Schmidtstr. 58.

**Nürnberg.** Sonntag, 7. August, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neugasse.

## Anzeigen

**Dresden.** Auf Beschluß der letzten Versammlung soll die während des Krieges eingeführte örtliche Sterbeunterstützung auch nach dem Kriege beibehalten werden. Weiter sollen auf Beschluß der Verwaltung alle diejenigen Mitglieder, die bis jetzt noch keine Sterbemarte genommen haben, von der Einrichtung ausgeschlossen bleiben. Versäume deshalb kein Kollege jetzt umgehend die fälligen Marken vom Beitragsammler zu verlangen. Es ist jetzt die 5. Marke zu kleben. In Zukunft werden wir die Mitglieder in der „Ameise“ darauf aufmerksam machen, wenn wieder eine Marke fällig ist.

Gleichzeitig müssen wir einen großen Teil der Mitglieder, besonders die Dreher, erneut ersuchen, die Ermahnungen des Hauptvorstandes in Nr. 19 der „Ameise“ und unser Zirkular von Mitte Mai doch endlich zu beachten und den ihrem Verdienst entsprechenden Beitrag zu zahlen.  
 Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

## Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

**Junger Porzellandreher**, 21 Jahre alt, militärfrei, sucht per sofort Stellung. Offerten unter D. K. erbeten an die Redaktion der „Ameise“.

Preis der 2 gespaltenen Zeilen 50 Pfennig

## Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

## Goldschmied, goldh. Malrückstände usw.

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gericht-Str. 8 II.  
 Günstige Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kasse.

## Goldschmied, verdichtetes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen

kauft stets zu höchst Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.  
**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Ältestes Geschäft dieser Art.  
 NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Zahl  
 will  
 großen  
 Umsatz  
 höchste  
 Preise

## Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Edel-  
 Metall-  
 Schmelze  
 Geegründet  
 1896

Osterwiltstr. 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**

## Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmelze, Nische, Lappen, Stupfer, Wafel, Kläpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend  
**Max Haupt, Dresden-N., Bönnichplatz 17.**

**Goldschmied**, Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung  
**Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. d. d. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4.  
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.